

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B.XXII/158

Bonn, den 22. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>DER PRÄSIDENT</u>	44

Zum 60. Geburtstag von Dr. Eugen Gerstenmaier

2	<u>Schutz der Zivilbevölkerung ?</u>	49
---	--------------------------------------	----

Bundesregierung läuft Gefahr, unglaubwürdig zu werden

Von Hermann Schmitt-Wockenhausen, MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

	<u>Mitteldeutscher Alltag</u>	43
--	-------------------------------	----

Betriebs-Konflikt-Kommission entzieht Sorgerecht für Kinder

4 - 5	<u>Schweden vor den Kommunalwahlen</u>	58
-------	--	----

Es geht auch um die "große Politik"

Von unserem AK-Korrespondenten in Skandinavien

+ +

DER PRÄSIDENT !

Zum 60. Geburtstag von Dr. Eugen Gerstenmaier

G.M. - Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen, wenn im Deutschen Bundestag zu Beginn einer Sitzung der Ruf erschallt DER PRÄSIDENT ! Dann sieht man, wie ein kleiner gestraffter Mann mit forschendem Blick das Plenum umfaßt, darauf achtend, ob der Würde des Hauses auch von jedem der pflichtige Tribut gezollt wird. Kurz darauf hört man die leicht schwäbelnde Stimme von Dr. Eugen Gerstenmaier. DER PRÄSIDENT eröffnet die Sitzung.

Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages, wird am 25. August 60 Jahre alt. Wer ihn nur flüchtig sieht, könnte diesem Kerne gut 50 geben. Das Gesicht meist gebräunt, die Bewegungen schnell und doch diszipliniert, die Sprache hell und trotz ihrer süddeutschen Dialektfärbung in gewissen Situationen sogar scharf - so kennen ihn die meisten Deutschen. Er wirkt wie eine Mischung von gebändigter Geistigkeit, von sportlicher Kraft, lebendigem Humor, blitzschnellem Reaktionsvermögen und zur Versöhnung bereiter Anständigkeit. Die einen sagen von ihm, er sei ein Mann, der immer lehren oder belehren wolle; andere, er könnte ebenso gut ein großer Prediger, ein harter Politiker und vielleicht sogar ein Künstler sein. Möglich, daß Eugen Gerstenmaier alles zugleich ist.

Eines steht fest: Eugen Gerstenmaier ist ein Mann, der sich durchzusetzen weiß, ein Politiker, der trotz aller Bindungen an bestimmte Idealvorstellungen vom "Wesen der Dinge" Echtes vom Unechten unterscheiden kann und der auch - das zeigt sein Lebensweg - bereit ist, Vorurteile, Dogmen und Tabus in die Ecke zu stellen sowie Opfer auf sich zu nehmen.

Der Präsident eines Parlaments hat es nicht leicht. Auch wenn die Wogen hochgehen, muß er lenken und leiten, darf nicht "Partei" sein. Dr. Eugen Gerstenmaier hat bewiesen, daß er diese ihm anvertraute Aufgabe meistert. Und wenn er jemals seinem Unmut freien Lauf ließ, rügte oder gar "strafte" - stets fand er wenige Augenblicke später das die Wogen der Erregung wieder glättende Wort.

Dem Präsidenten des Deutschen Bundestages ist es entscheidend zu danken, daß der zweite Anlauf unseres Volkes zur parlamentarischen Demokratie in Form und Inhalt würdigen Ausdruck fand. Das ist gewiß nicht wenig, wenn wir bedenken, daß unser Land gespalten ist, daß ein Teil unseres Volkes noch immer unter einer Diktatur leben muß und daß Deutschland mit der Hypothek des Zusammenbruchs seiner ersten parlamentarischen Demokratie und mit dem Geschehen der grauenvollen Hitlerdiktatur belastet ist.

Dr. Eugen Gerstenmaier, der Mann des Widerstandes gegen Hitler, der überzeugte evangelische Christ und der moderne demokratische Politiker hat durch sein Wirken beispielgebend geholfen, unserem Volk den Weg zur Gemeinschaft der freien Völker zu ebnen.

Schutz der Zivilbevölkerung ?

Bundesregierung läuft Gefahr, unglaublich zu werden

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten ist das Gebot der Stunde. Das gilt natürlich auch für den Zivilschutz. Die SPD-Bundestagsfraktion hat es sehr bedauert, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr eine Reihe von Gesetzentwürfen für den Zivilschutz vorgelegt hat, für die keine entsprechenden Haushaltsmittel vorhanden waren und sind. Als der Bundesinnenminister den Bundesrat im März einen Gesetzentwurf zulegte, der das durch das Haushaltssicherungsgesetz bis 1968 hinausgeschobene Inkrafttreten der Zivilschutzgesetze auf den 1. Januar festlegte, hat die SPD erneut ihre Bedenken, ob entsprechende Haushaltsmittel vorliegen, vorgebracht.

- * Auch heute fehlt noch die von uns seit langem geforderte Gesamtkonzeption mit genauen Kostenschätzungen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages habe ich angesichts der derzeitigen finanziellen Situation bereits Anfang dieses Jahres bezweifelt, daß es möglich sein werde, die Zivilschutzgesetze in der derzeitigen Form verwirklichen zu können; ich betonte, daß nur ein Minimalprogramm Aussicht auf Erfolg hätte.

Die Bundesregierung ist damals diesen Weg nicht gegangen. Die jetzigen Auseinandersetzungen zwischen Bundesfinanzminister und Bundesinnenminister zeigen, wie richtig unsere Einschätzung der Situation war. Es hat den Anschein, als ob der Weg für dieses Minimalprogramm geebnet ist. Leider fehlt noch die entsprechende Gesetzesvorlage.

Wenn dieses Minimalprogramm nicht bald kommt, werden nicht nur 1967-68 viele wichtige Zivilschutzmaßnahmen nicht durchgeführt werden können, sondern darüber hinaus werden wiederum zahlreiche im Haushaltsplan veranschlagte Mittel im Laufe des Haushaltsjahres einer anderweitigen Verwendung zugeführt werden. Das wäre nichts Neues. Allein in der letzten Legislaturperiode sind hunderte von Millionen DM der veranschlagten Mittel für den Zivilschutz nicht ausgegeben worden.

- * Das von der SPD vorgeschlagene Minimalprogramm würde vor allem auf die Vorratung, die allgemeine Ausbildung der Bevölkerung die Vorbereitung von Verdunkelungsmaßnahmen und die Anschaffung von Selbstschutzgeräten verzichten. Beim Schutzbau würden vor allem die Ein- und Zwei-Familienhäuser von der bisherigen Schutzbaupflicht befreit werden. Auch im Bereich der Wirtschaft und des öffentlichen Schutzraumbaus würden Lockerungen und zeitliche Verschiebung eintreten.

Die SPD anerkennt durchaus die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen auch in diesem Bereich. Der Umfang der Sparmaßnahmen sollte nur nicht über das Ausmaß der Einsparungen in Verteidigungshaushalt und in den anderen Haushalten hinausgehen. Das Ein und Her in den vergangenen Monaten hat dem Zivilschutz sicherlich nicht gerade genützt. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung bald Vorschläge vorlegen würde, die nicht auf bestimmten Idealvorstellungen, sondern auf der realistischen Einschätzung der derzeitigen Situation basieren. Diese Vorschläge hätten den Vorteil, daß sie auch verwirklicht werden könnten. Die Bundesregierung läuft sonst Gefahr, in ihrer Argumentation für den Zivilschutz unglaublich zu werden.

Mitteldeutscher Alltag

Betriebs-Konfliktkommission entzieht Sorgerecht für Kinder

OS - Die Konfliktkommission des Ostberliner Staatsbetriebes "Werk für Signal- und Sicherungstechnik" (WSSB) hat in einem aufsehen erregenden Verfahren zwei Kinder (2 Jahre und 1 Jahr) in ein staatliches Kinderheim eingewiesen und den im Betrieb beschäftigten Eltern für diese Zeit das Fürsorgerecht entzogen. Damit hat die Betriebsjustiz auch auf ein Gebiet übergegriffen, das bis jetzt noch ordentlichen Gerichten vorbehalten war. Die Konfliktkommission, die aus 16 Arbeitern und Angestellten des Werkes besteht, hatte sich zunächst geweigert, den Fall zu behandeln, weil sie sich nicht zuständig fühlte. Sie wurde jedoch von der SED und der Ostberliner Staatsanwaltschaft massiv unter Druck gesetzt. Offenbar brauchte man einen Musterprozeß.

Dem Fall liegt folgende Vorgeschichte zugrunde: Der im Betrieb angestellte Ehefrau (24) wurde die Vernachlässigung der Fürsorgepflicht für die beiden Kinder vorgeworfen. Es war beobachtet worden, daß die Kleinkinder von ihr über Stunden unbeaufsichtigt gelassen worden waren. Weil sie jämmerlich weinten, drangen Nachbarn mit der Volkspolizei in die Wohnung ein und stellten diesen Sachbestand fest. Die Ehefrau macht geltend, daß die Ehe mit ihrem Mann zerrüttet sei. Sie habe in der Regel eine Aufsicht für die Kinder bestellt, da sie sich mit dem eigenen Mann nicht darüber einigen konnte. An den fraglichen Tage sei die Aufsicht aus ihr unerfindlichen Gründen nicht erschienen. Daß sie in ihrer Freizeit die eheliche Wohnung häufig verlasse, liege an den Streitigkeiten mit ihrem Mann, vor dessen Gewalttätigkeiten sie sich fürchte.

Der Ehemann, (31) der zunächst bei einem Baubetrieb gearbeitet hatte, sollte dort bereits wegen dieses Vorfalles vor die Konfliktkommission kommen. Die Konfliktkommission des Baubetriebes weigerte sich jedoch beharrlich, den Fall zu behandeln und erklärte sich endgültig für unzuständig. So kam das Verfahren verspätet in WSSB zur Verhandlung.

Da die Konfliktkommission sich außerstande sah, wie ein ordentliches Gericht zu prüfen, bei welchem Elternteil die Schuld lag, da auch nicht - wie bei Gericht üblich - geprüft werden konnte, ob das Sorgerecht nur einem Elternteil abzuverkennen, dem anderen aber zu belassen sei, entschloß sich die Konfliktkommission, die Kinder zunächst für zwei Jahre in ein staatliches Heim einzuweisen. Der Hintergedanke dabei war, daß in den zwei Jahren vielleicht durch ein Scheidungsurteil Klarheit geschaffen oder der eheliche Friede wiederhergestellt sei. Die Präzedenz des Falles liegt indes darin, daß eine betriebliche Instanz darüber befinden kann, ob im Betrieb beschäftigte Eltern ihre Kinder behalten dürfen oder nicht. Damit ist jeder einseitigen und "politischen" Beurteilung sogar ehelicher Zwistigkeiten Tür und Tor geöffnet.

Schweden vor den Kommunalwahlen

Es geht auch um die "grosse Politik"

Von unseren AH-Korrespondenten in Skandinavien

In Schweden finden am 18. und 25. September sowie am 2. Oktober Kommunalwahlen statt. 30 000 Stadt- und Kommunalabgeordnete und 514 Parlamentarier der Provinzial-Landtage müssen neu gewählt werden. Nach Auffassung politischer Beobachter handelt es sich hier um die wichtigsten Kommunalwahlen in Schweden nach den Kriegen, weil durch sie eine gewisse Vorentscheidung für die Zukunft der regierenden Sozialdemokratie fallen wird.

Die Kommunalwahlen werden entscheiden, ob die Parteien rechts von der Sozialdemokratie ein gemeinsames Wahlprogramm zustande bringen. Auf der anderen Seite wird entschieden, ob die sich von Moskau weitgehend losgesagten und auf die Linie der "Volkssozialisten" eingeschworenen Kommunisten Schwedens Zulauf erhalten.

Die Sozialdemokratie ist in Schweden eine überaus starke Rathauspartei. Sie regiert in den Großstädten, allen voran Stockholm, Göteborg und Malmö, mit absoluter Mehrheit. Diese Mehrheiten bestehen oft schon viele Jahrzehnte. Der moderne Städtebau und die fortschrittlichen Gemeinschaftseinrichtungen in den schwedischen Kommunen sind das Werk der Sozialdemokratie.

Aber nicht nur über diese Perspektiven wird die Schwedenwahl entscheiden. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1964 erhielt die Sozialdemokratie unter Tage Erlander 113 von 233 Mandaten in der II. Kammer; ihr fehlten also acht an der absoluten Mehrheit. Da aber wichtige Entscheidungen in Schweden von der ersten und zweiten Kammer gemeinsam getroffen werden, ist auch die Zusammensetzung der ersten Kammer von Bedeutung.

Die erste Kammer wird von den Städten Stockholm, Göteborg und Malmö sowie den Provinzial-Landtagen besetzt. Wegen der starken Position der schwedischen Sozialdemokratie in den Kommunen verfügen sie

in der ersten Kammer über 79 von 151 Mandaten und damit gerade über die sehr knappe Mehrheit in beiden Kammern zusammen. Es kommt also für die Regierung Erlander darauf an, das Gewicht in der ersten Kammer möglichst auszubauen, um bei den wichtigen Entscheidungen beider Kammern die Mehrheit zu behalten.

Vor diesem Hintergrund hat sich "Der grosse alte Mann Schwedens" Ministerpräsident Tage Erlander, entschlossen, schon sehr frühzeitig in den Wahlkampf einzugreifen. Offiziell wird aufgrund einer Parteienvereinbarung erst am 21. August mit der Plakatierung und den Rundfunk- sowie Fernsehansprachen der Politiker begonnen. Aber Erlander begann schon am vorletzten Wochenende mit einer Versammlungstournee von vorläufig neun Veranstaltungen. Sein Interesse gilt besonders Südschweden, wo die Jungsozialisten dafür plädieren, dass die schwedische Aussenpolitik andere Akzente setzt. Sie plädieren für eine Senkung der Verteidigungskosten und eine Verstärkung der Ausgaben für die Entwicklungshilfe.

Zwei weitere wichtige Entscheidungen, die in Schweden anstehen, dürften erst nach der nächsten Reichstagswahl 1968 fallen. Es geht darum, ob man nicht das Ein-Kammer-System einführen soll aber dabei den Einfluss der Kommunen behält. Es geht ferner darum, ob Schweden zur republikanischen Staatsform übergeht, was die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Liberalen und Republikanern solange nicht diskutieren wollen, wie König Gustav VI Adolf auf dem Thron sitzt.

Nicht zuletzt geht es aber bei den schwedischen Kommunalwahlen jetzt darum, ob der hohe Wohlfstand, die Fürsorge des Staates für den Bürger, beibehalten werden soll. Seit 1960 ist das Brutto-Sozialprodukt pro Kopf jährlich um 4,9 Prozent angestiegen. Es liegt nunmehr bei rund 14 000 Kronen jährlich. Die Bundesrepublik weist hingegen ein Brutto-Sozialprodukt von umgerechnet 6 265 Kronen aus.